

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1913)
Heft: 23-24

Rubrik: Pazifistische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frauen, denen der Krieg den Gatten geraubt, der Mütter, die um ihre Söhne weinen, der unschuldigen Kinder, die nach Bröt schreien! Doch nicht genug. Lenkt den Blick hin zu den Städten und Dörfern, die vom Kriege zerstört, ein Bild der Verwüstung bieten; ein rauchendes Trümmerfeld, öde und verlassen von denen, die mit Fleiss und Anstrengung in langen Jahren aufgebaut, was nun ein Tag zerstört! Tut einen Einblick in die Seelen dieser vom Kriege Ruinierten! Wie muss nicht wilder Hass gegen die Zerstörer den erfüllen, der sein Haus, in Trümmer geschossen oder vom Feuer zerstört, verlassen muss; die Stätte, wo er geboren wurde, seine Jugendzeit verlebte; das Heim, in das er seine junge Gattin führte; der Ort, der ihm so lieb und traut gewesen. Was für eine Verwirrung im Rechtsbegriff muss nicht um sich greifen! Mord und Todschatz, wenn ihn ein Einzelner verübt, hat schwere Strafe zur Folge; nun aber wird jedem ein Gewehr gegeben; ungestraft kann man auf Menschen Jagd machen, ja, man betet sogar zu Gott um Beistand bei der Vernichtung der Feinde, auch Menschen, Ebenbilder Gottes! «Du sollst nicht töten» und «Liebe deinen Nächsten», diese Gebote scheinen plötzlich ganz ungültig zu sein; kurzum, eine tiefe Demoralisation ist die sichere Folge.

Dann, nach diesem Spaziergang in die grausame Wirklichkeit, kehrt wieder zurück zu euren Kindern, im trauten Heim, zurück zum Christbaum, der uns von Menschenliebe, von Frieden und Gerechtigkeit redet. Dann wählt, ob ihr nicht auch eintreten wollt in die Reihen derer, die mutig kämpfen gegen den Krieg, diesen Schandfleck unserer Zeit, ob ihr eure Kinder und Kindeskinde bewahren wollt vor den Schrecken des Massenmordes, oder ob ihr euch zurückseht nach der Zeit des Faustrechts, wo der Starke herfällt über den Schwachen, wo ihr mit euren Taten der Lehre des wahren Christentums zuwiderhandelt! Denn gerade Eltern und Lehrer sind die geeignetsten Träger und Verbreiter der Friedensidee, sie sind es, in deren Hand es liegt, das kommende Geschlecht aufzuklären über die Greuel und Schrecken des Krieges, über die moralischen und finanziellen Schäden, die er hervorruft, über die Not und das Elend, das ihm folgt. Sie können ihren Kindern und Schülern an Beispielen vor Augen führen, dass es noch ein grösseres Heldentum gibt, als im Kampfe zu sterben, dass auf sozialem und wissenschaftlichem Gebiet ein weites Feld offen steht, Lorbeeren zu eringen. So pflanzt den guten Samen in die empfänglichen Herzen der Jugend, erkläre Krieg dem Kriege und helfe mit, die Völker von diesem unwürdigen, barbarischen Ueberrest aus einer längst entschundenen Zeit zu befreien!

H. G.

Pazifistische Rundschau.

Unsere Leser werden sich erinnern, dass der englische Marineminister, Winston Churchill, vor einiger Zeit den etwas ungewöhnlichen Plan eines «Rüstungs- resp. Flottenbaufestjahres» aufbrachte. Verlachten die einen diesen Vorschlag als phantastisch, so witterten andere dahinter Intrigen, so namentlich in Deutschland, an welches das Angebot gerichtet war. Allein der Vorschlag scheint nun doch nicht so ganz verfehlt zu sein, denn er ist — wenn auch nicht im Deutschen Reich, so doch drüben in den Vereinigten Staaten — aufgegriffen worden, und es ist in der Folge vom amerikanischen Kongress die Einberufung einer Konferenz von Delegierten der Parlamente aller Nationen beantragt wor-

den für die Vereinbarung eines Abrüstungsplanes und die Einstellung des Kriegsschiffbaues. Und am 10. Dezember meldete der Telegraph: «Das amerikanische Repräsentantenhaus genehmigte mit 317 gegen 11 Stimmen einen Antrag für die Einstellung des Kriegsschiffbaues während eines Jahres.» Was diese Nachricht eigentlich besagen will, enzieht sich zurzeit unserer Kenntnis, indes werden wir darüber wohl bald aufgeklärt sein, ob damit lediglich der oben erwähnte Antrag betr. Einberufung einer Abrüstungskonferenz gutgeheissen wurde, oder ob die Union selbst für sich den Versuch eines solchen «Flottenfestjahres» versuchen will.

* * *

Der Balkanbrand scheint also nun doch gelöscht zu sein. Wenngleich hier und da noch das kriegerische Feuer aufflackert, so ist es eben doch bloss noch ein Aufflackern, das nicht mehr — vorläufig nicht mehr, wollen wir sagen — weiter um sich greifen kann. Die Friedensverträge sind zum grössten Teil ratifiziert worden, und zurzeit sind Unterhandlungen im Gange, die nun auch den offiziellen Friedenszustand zwischen der Türkei und Montenegro herbeiführen sollen, an deren gutem Verlauf und Abschluss nicht mehr zu zweifeln ist. Mit der Besetzung des albanischen Fürstenthrones und der Festsetzung der Grenzen des neugeschaffenen Albaniens durch eine internationale Kommission ist auch in dieser Beziehung der Grund zu einer ruhigeren Entwicklung der Balkandinge gelegt worden. Somit darf man hoffen, in der künftigen Zeit werden die Rivalitäten der Balkanstaaten Europa nicht mehr an den Rand eines Krieges und in eine wirtschaftliche Notlage zu bringen vermögen, wie wir es in diesem und im vergangenen Jahre erlebten, und unter deren Folgen wir noch geraume Zeit wohl werden leiden müssen.

* * *

Auch jenen Kriegen, die völkerrechtlich zwar keine Kriege sind, aber nichtsdestoweniger grausam und beschämend für sogenannte Kulturvölker sind: die Kriege Frankreichs und Spaniens in Marokko, sollte endlich ein Ende gesetzt werden. Und wenn es nach dem Willen sowohl des französischen wie des spanischen Volkes ginge, so wären diese aller Kultur hohnsprechenden Kolonialkriege längst beendet worden. Nun hat es wirklich den Anschein, als ob wenigstens die spanische Regierung den immer und immer wieder erhobenen Protesten der grossen Masse der Bevölkerung Gehör schenken und die kriegerischen Massnahmen in Marokko einstellen oder mindestens doch einschränken wolle. Ob Frankreich hierin Spanien folgen wird, bleibt trotz der verschiedentlichen Anträge der Sozialdemokraten fraglich, weil dort eben bekanntlich sehr unkontrollierbare Einflüsse mitsprechen, die die französische Regierung bestimmen, die kriegerischen Unternehmungen nicht einzustellen.

* * *

Während man sich hier scheint noch nicht dazu verstehen kann, eine unheilvolle Kolonialpolitik zu verlassen und so das durch Menschen den Mitmenschen zugefügte Unglück zu beseitigen, ist man andererseits bestrebt — wo bleibt da die Logik! — die vom menschlichen Willen unabhängigen Katastrophen, soweit dies überhaupt möglich ist — zu verhindern. Also, einerseits gewollte Vernichtung von Menschenleben, auf der anderen Seite das Streben nach vermehrtem Schutz des Menschenlebens, und zwar oft auf

Initiative der gleichen Leute, die in den Kabinetten drin sitzen! So ist in London kürzlich die sogenannte Titanic-Konferenz zusammengetreten, an welcher 14 Staaten teilnahmen, um über Mittel und Wege zu beraten zur grösstmöglichen Sicherheit der Seeschiffahrt. Es fällt uns keineswegs ein, die hohe Bedeutung, die dieser internationalen Konferenz zukommt, etwa herabzumindern. Das sei ferne von uns! Aber die Frage mag uns denn doch wohl gestattet sein, warum man den Kampf gegen den Krieg als utopistisch bezeichnet und seitens der Regierungen — auch unserer schweizerischen — ablehnt, dagegen aber es als ganz in der Ordnung ansieht, gegen übermächtige, von unserem Willen oder Nichtwillen so ziemlich unabhängige Naturkatastrophen anzukämpfen?

K. W. Sch.

—o—

Zabern.

Was lehren uns die Vorgänge in Zabern? Eines vor allen Dingen, nämlich, dass sich die Zeiten gewaltig geändert haben, denn die Entrüstung, die diesen Vorgängen in ganz Deutschland auf dem Fuss folgte, ist so ungeteilt und so spontan, dass sich uns plötzlich ganz neue und unerwartete Gedankenperspektiven eröffnen. Mit einem Schlage sehen wir klar und deutlich die Richtung, aus welcher unserer Zivilisation die grösste Gefahr droht, der Schleier fällt von unseren Augen, und mit Schrecken gewahren wir eine Art Vorweltstungetüm, das mitten hineinragt in unsere stolze Kultur und das dazu bestimmt scheint, den geistigen Höhenflug der Menschheit zu verzögern.

Der falsche, übertriebene Militarismus und seine verderbenbringende Wirkung hat sich vielleicht noch nie so direkt gesellschaftsfeindlich geäussert wie jetzt in den Reichslanden. Noch nie kam uns die bedauerliche Tatsache so deutlich zum Bewusstsein von der Grösse der Kluft, die das militärische Standesgefühl — bei den Offizieren — von demjenigen des Volkes trennt. Solche Zustände lassen sich nur schwer begreifen, und die Behauptung, dass eine solche Kluft überhaupt bestehen könnte, würde in «ruhigen» Zeiten wenig Glauben finden, aber den letzten Ereignissen gegenüber, wie sie sich in Zabern abspielten, muss wohl jedermann diese traurige Schlussfolgerung gelten lassen. Man kann diesen militärischen Geist mit all seinen antikulturnen Auswüchsen und seiner ausserhalb der bürgerlichen Gesetze stehenden Abgeschlossenheit, wie er jetzt noch in Deutschland in vollster Blüte ist, nur mit ähnlichen mittelalterlichen Institutionen vergleichen, für die in unserer vorgeschrittenen Zeit kein Platz mehr ist.

So lange dieser, aller wahren Kultur feindliche Geist in den regierenden Kreisen im selben hohen Ansehen fortbesteht, so lange werden sich ähnliche, wenn nicht schlimmere Ausschreitungen, wie wir sie jetzt in Zabern erleben mussten, wiederholen; denn eine ausserhalb der bürgerlichen Ordnung stehende Kaste mit uneingeschränkten Machtbefugnissen wird stets eine Gefahr bleiben für die Ruhe eines Landes.

W. Kohl.

—o—

Stimmen aus europäischen Parlamenten.

Frankreich. Am 27. November brachten die Sozialisten folgenden Verfassungsantrag ein:

1. Das Feld der marokkanischen Operationen zu beschränken.

2. Stufenweise die Dienstdauer in den Kasernen und damit die finanzielle Last der Berufsmarine durch Organisation des bewaffneten Volkes einzuschränken.

3. Allen Regierungen die vollständige Schiedsgerichtsbarkeit für alle Konflikte vorzuschlagen und so im Namen Frankreichs eine für die Völker weniger niederdrückende Ordnung vorzubereiten und zum Schluss die Erörterung der Anleihe zu vertagen, bis die Regierung positive Garantien gegeben hat.

Jaurès sprach zum dritten Punkte folgendes: «Drei Länder sind zusammen marschiert, um eine Rolle der Mässigung zu spielen: Deutschland, England und Frankreich. Schon Mirabeau hat die Wohltat eines Einklanges zwischen Preussen, England und Frankreich gepriesen. Wenn man den Zukunftsweg nicht einschlägt, verschliesst man die Möglichkeit einer gesetzlichen Umwälzung.» (Lebhafter Beifall auf der äussersten Linken.)

Barthou antwortete: Was den Vorschlag anbetreffe, den Dienst der Kasernenarmee zu beschränken, so hätten ihn alle, die die dreijährige Dienstzeit angenommen haben, für die Sicherheit des Landes notwendig gehalten. Vielleicht komme einmal die Stunde, wo die Lage in Europa eine Reduktion der Dienstzeit erlaube. Der Redner hofft es, glaubt aber, dass dieser Zeitpunkt noch nicht nahe ist. Frankreich habe die Initiative der Schiedsgerichte ergriffen. Frankreich könne aber eine solche Initiative für die Fragen, die seine Lebensinteressen und seine Ehre betreffen, nicht ergreifen. Die Ablehnung des Schiedsgerichts sei kürzlich im Haag nicht vonseiten der Mächte der Tripleentente erfolgt. Frankreich sei auf den unbesiegbaren Widerstand Deutschlands gestossen.

England. Am 27. November fand in Leeds die Jahresversammlung des Nationalverbandes der liberalen Partei statt. Hauptgegenstand der Diskussion bildete die Frage der Einschränkung der Rüstungen. Die Redner drückten die Ansicht aus, dass die Entwicklung der Schiffsbauten unbedingt Steuererhöhungen nach sich ziehen werde. Man müsse alle Gelegenheiten benutzen, um die freundschaftlichen Beziehungen zu fremden Nationen zu begünstigen. Der liberale Deputierte Allen Baker erklärte, er sei erschreckt über die jüngste Rede Winston Churchills auf dem Bankett des Lordmayors.

Asquith hielt darauf eine Rede über die liberale Politik, in der er u. a. sagte, die liberale Regierung habe zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens beigetragen. Sie bedaure die ungeheure Verschwendung nationaler Reichtümer für Rüstungszwecke. Man könne jedoch nichts Wirksames tun, so lange die Völker nicht selbst die Mächte gezwungen haben, die unaufhörlich wachsende Last der neuen Steuern zu erleichtern. Die ständige Vermehrung der nationalen Schulden werde zu dem Ergebnis führen, das bis jetzt weder Philosophen noch Idealisten erreichen konnten.

—o—

Die Nobelpreise.

Die feierliche Verteilung der diesjährigen Nobelpreise, die dreizehnte seit Beginn der Stiftung, hat am 10. Dezember in Stockholm stattgefunden. Von den vier Preisträgern waren drei anwesend, nämlich die Professoren Omnes-Leyden (Physik), Richet-Paris (Medizin), Werner-Zürich (Chemie). Sie erhielten aus der Hand des Königs den ihnen zugedachten Preis, das Diplom und die goldene Medaille. Für den abwesenden Tagore empfing der englische Geschäftsträger den Literaturpreis.

Der im Jahre 1912 nicht ausgeteilte Nobel-Friedenspreis sowie der diesjährige Nobel-Friedenspreis